66. Jahrgang. № 539. Mittwoch, 16. November 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Für Feinschmecker! Lobeck's Dreiring-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren. Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 7,75 M., vierteljährlich 23,25 M. | Anzeigen-Preise. Die 1spalt. 37 mm breite Zeile 2,50 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unt. Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spalt. Ein- u. Verkäufe 25 %. Vorzugsplätze laut Tarif. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahlg. — Einzelnummer 40 Pf.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Wer fährt und expediert Reisegepäck und Expreßgut von und nach den Personen-Bahnhöfen Dresdens? — besorgt Fahrkarten zu allen Zügen? — besorgt dem reisenden Publikum Autos?

Amtliche Expreß- und Gepäckfahrt G. m. b. H.

Wer versichert von Haus zu Haus zu vorteilhaftesten Bedingungen? — übernimmt am Hauptbahnhof und Neustädter Bahnhof Einstellung von Fahrrädern und Gepäckstücken? — erledigt alles prompt und zuverlässig?

Dresden-A., Hauptbahnhof — Fernruf 18323, 19884
Geschäftszeit: 7 Uhr früh bis 11 Uhr nachts. Sonntags: 7 Uhr früh bis 1 Uhr mittags

Dresden-N., im Personen-Bahnhof — Fernruf (18323)
Geschäftszeit: 7 Uhr früh bis 5 Uhr abends. Sonntags: 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags

Protest gegen die Zerstörungsforderungen.

Der Wortlaut der deutschen Note.

Berlin, 15. Nov. Das Auswärtige Amt hat nachstehendes Schreiben an den Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkommission gerichtet. Zugleich ist die deutsche Botschaft in Paris beauftragt worden, der Botschafterkonferenz eine Note gleichen Inhalts zu übermitteln:

Die ehemaligen Werkstätten des Heeres und der Marine sind alsbald nach Ausbruch der Revolution einer völligen Umgestaltung unterzogen worden. Die anfängliche planlose Führung der Betriebe wurde einer Zentralleitung übertragen, der es oblag, geordnete Verhältnisse in den Werkstätten zu schaffen und diese ohne Verzug auf friedliche Arbeiten umzustellen. Aus verschiedenen Gründen wurde hierfür die Form des privatwirtschaftlichen Unternehmens gewählt. Die Umgestaltung der Werke in diesem Sinne war bereits erfolgt, als die Friedensbedingungen bekannt wurden. Schon zu dieser Zeit hatten also die vormaligen Reichswerke aufgehört, Heeresgutfabriken im Sinne des Art. 168 des Vertrages zu sein. Um aber völlige Gewißheit darüber zu haben, daß nicht etwa auf Grund dieses Artikels zu einer Schließung der Betriebe geschritten und damit die Existenz vieler Tausender von Arbeitern vernichtet werden müsse, wurde ein Antrag an die Botschafterkonferenz gerichtet, sie wolle sich mit dem Fortbestehen einverstanden erklären. Die Botschafterkonferenz hatte diesem Antrage durch eine Note vom 10. Februar 1920 stattgegeben und ihr Einverständnis an die alleinige Bedingung der Umstellung auf die Friedenswirtschaft geknüpft. Irgendwelche Forderungen wegen des zu wählenden Fabrikationsprogramms hatte sie nicht erhoben. Die von der Botschafterkonferenz gestellte Bedingung ist in vollem Umfange erfüllt. Mit sehr großem Kostenaufwande ist die

dauernde Umstellung der Werke in reine Friedensarbeit

überall durchgeführt. Daß dabei für die Wahl des Fabrikationsprogramms die vorhandenen Maschinen, Einrichtungen und Materialien sowie die Fachkenntnisse der in den Werken beschäftigten Arbeiterschaft mitbestimmend waren, ist selbstverständlich, zumal die Botschafterkonferenz sich ja gerade mit Rücksicht auf die weitere Beschäftigung dieser Arbeiterschaft mit der Erhaltung der Betriebe einverstanden erklärt hatte. Das nach diesem Gesichtspunkte gewählte Fabrikationsprogramm ist der Militärkontrollkommission und ihren Unterkommenen niemals vorenthalten worden. Die Umstellung der Werke ist vielmehr unter ihren Augen, unter ihrer täglichen genauen Kontrolle vor sich gegangen. Sie sind auch bisher offenbar der Ansicht gewesen, daß der von der Botschafterkonferenz gestellten Bedingung Genüge geschehen war. Denn sie haben bis in die neueste Zeit in keinem Falle Widerspruch erhoben. Nach jahrelanger mühevoller Arbeit glaubte die Leitung der Deutschen Werke die mit der Umstellung verbundenen ungeheuren Schwierigkeiten überwunden und eine gesunde wirtschaftliche Basis gefunden zu haben, die ihrer Arbeiterschaft eine bleibende sichere Existenz gewährleistete.

Da setzte plötzlich Schlag auf Schlag eine Reihe von Maßnahmen der Kommissionen ein, die in völligem Widerspruch mit deren bisheriger Haltung und mit dem Beschlusse der Botschafterkonferenz vom 10. Februar 1920 waren und den durch diesen Beschluß garantierten Fortbestand der Werke aufs äußerste gefährdeten.

Die einzelnen Maßnahmen und ihre Wirkungen sind in der Anlage 1 dieses Schreibens dargestellt. Es ergibt sich aus den dort gemachten Ausführungen, daß die Erfüllung der Forderungen der Kommission in ihrer Gesamtheit die Schließung der ganzen Betriebe zur Folge habe und damit nicht nur alles bisher Geleistete zunichte mache, sondern auch tausende von Arbeiter um ihre Existenz bringe.

Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß sie kein Verschulden trifft, aus dem sich dieser

plötzliche Stellungswechsel der Kommission erklären ließe. Alle Forderungen auf Zerstörung, Umbau und Entfernung von Spezialmaschinen für die Herstellung von Kriegsmaterial und Vernichtung von Loren und sonstigem Gerät, auf Umgestaltung ganzer Gebäude und einzelner Einrichtungen sind, so weitgehend sie auch waren, erfüllt worden, um den Betrieben ein für allemal den Charakter von Heeresgutfabriken zu nehmen. Werte von vielen Millionen sind so vernichtet worden. Mit welcher Gründlichkeit dabei vorgegangen wurde, ist in der Anlage 2 im einzelnen dargetan. Jede Gefahr einer Wiederumstellung auf die Fabrikation von Kriegsgerät ist damit beseitigt. Dafür, daß diese Beseitigung eine dauernde ist, bietet nicht nur die rücksichtslos ausgeübte Kontrolle der Kommissionen, auch die deutsche Regierung und die Arbeiterschaft der Werke selbst stehen dafür ein.

Die deutsche Regierung verkennt nicht, daß es Aufgabe der Kontrollkommissionen ist, die Erfüllung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages und die Durchführung des Beschlusses vom 10. Februar 1920 aufs schärfste zu überwachen. Sie hat sich in dieser Erkenntnis und um auch den Anschein der Obstruktion zu vermeiden, so mancher Maßnahme gefügt, deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit sie nicht erkennen konnte.

In vorliegendem Falle muß sie aber Einspruch erheben, weil die neuen Forderungen der Kommissionen nicht nur ungerechtfertigt, sondern auch geeignet sind, in ihren Auswirkungen schwerste Beunruhigung in weiteste Kreise des deutschen Volkes zu tragen und die Wiedergesundung des deutschen Wirtschaftskörpers ernstlich zu beeinträchtigen.

In Zusammenfassung der in Anlage 1 und 2 enthaltenen Darlegungen bittet die deutsche Regierung, sich in Abänderung der erhobenen Forderung damit einverstanden zu erklären, daß

1. in Erfurt und Spandau-Haselhorst die Fabrikation von Schußwaffen und Munition für Jagd und Sport in der bisherigen Art und im bisherigen Umfange weiterhin gestattet wird (Aufhebung der Note vom 28. September 1921),

2. im Werke Wolfgang die Fertigung von Kollodium und Nitrocellulose zur Herstellung von Filmrollen und Kunstleder gestattet wird und auch die übrige Fabrikation von Schmiergelpapier, Waggon- und Lokomotivreparaturen u. a. unter Belassung der dazu erforderlichen Werkseinrichtungen weiter zugelassen wird (Aufhebung der Note vom 30. September 1921 sowie Nachprüfung und Einschränkung der Zerstörungsforderungen der Distriktskommission Frankfurt a. M. bezüglich der Anlagen im Werke Wolfgang),

3. im Hüttenwerk Spandau der Ausbau des geplanten Walzwerkes genehmigt wird (Note vom 9. September 1921),

4. a) die von der Distriktskommission Berlin bezüglich der Werke Spandau-Haselhorst und von der Distriktskommission Frankfurt a. M. bezüglich des Werkes Erfurt getroffenen Anordnungen auf Zerstörung oder Zerstreuung dringend benötigter zum Teil für das Friedensprogramm neubeschaffener Maschinen nachgeprüft und beschränkt wird,

b) die Neubeschaffung notwendiger Maschinen nicht unterbunden und der ausgleichende Transport von Werk zu Werk nicht gesperrt wird,

c) für die trotz vorstehender Nachprüfung und Beschränkung noch zerstreuungspflichtig bleibenden Maschinen eine Verkaufsfrist zugestanden wird, die den Bedingungen geordneter und rentabler Geschäftsführung Rechnung trägt,

5. die durch den Beschluß der Botschafterkonferenz vom 21. September 1921 geforderte Beschränkung der Verfügungsberechtigung der Deutschen Werke, Aktiengesellschaft, über die Rohmaterialien der Werke aufgehoben wird.

Anlage 1 der Note enthält eine weitgehende Zusammenstellung der von den Kontrollkommissionen gegen die verschiedenen Betriebe der Deutschen Werke gerichteten Maßnahmen und eine Darstellung der Folgen, die sich für den Bestand der Werke aus der Durchführung dieser Maßnahmen ergeben würden. In Anlage 2 sind die Zerstörungen und sonstigen Maßnahmen geschildert, die auf Anordnung der Kontrollkommissionen in den einzelnen Betrieben durchgeführt worden sind, um den Werken den Charakter von Heeresgutfabriken zu nehmen und sie auf reine Friedensarbeit umzustellen. (W. T. B.)

Lebensmittelplünderungen in Berlin.

Selbsthilfe angeblicher Arbeitsloser!

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 15. Nov. In schweren Ausschreitungen ist es heute vormittag in Neukölln gekommen. Ein Trupp von etwa 150 Männern und Frauen versuchte, in die Filiale der Konsumgenossenschaft Berlin einzudringen. Das Personal ließ jedoch, schnell entschlossen, die eisernen Rolläden herunter. Darauf drang die Menge in ein anderes Lebensmittelgeschäft ein, packte Butter, Margarine, Käse usw. in Körbe und Taschen und verschwand damit. Ferner wurden große Kisten mit Margarine, Eiern usw. geraubt. Kurz darauf drang ein Trupp von etwa 300 Menschen in die Verkaufsräume der Neuköllner Großhandelsgesellschaft ein und plünderte auch hier den Laden vollständig aus. Ebenso erging es einer großen Butterhandlung. Hier zertrümmerte die Menge ohne weiteres die große Fensterscheibe, drang unter Drohungen in das Geschäftslokal ein und raubte es vollständig aus. Eine Streife der nahegelegenen Polizeiwache konnte nichts ausrichten, da die Stehlenden sich nicht im geringsten um die Anordnungen der Beamten kümmerten. Kurz darauf wurden weitere Lebensmittelgeschäfte ausgeraubt, ohne daß die Polizei gegen das Treiben der an zahlreichen Stellen plötzlich auftauchenden Trupps hätte einschreiten können. Die Plünderer behaupteten, daß sie arbeitslos seien und heute keine Arbeitslosenunterstützung erhalten hätten. Aus diesem Grunde müßten sie zur Selbsthilfe schreiten. Infolge der Vorgänge haben zahlreiche Geschäfte geschlossen.

9 Millionen für Erwerbslose in Berlin.

Berlin, 15. Nov. Der Berliner Magistrat hat 9 Mill. Mark bereit gestellt, die zur sofortigen Auszahlung an Erwerbslose, Almosenempfänger und sonstige durch Arbeitslosigkeit in Not Geratene dienen sollen.

Die Ausbreitung des bürgerlichen Einflusses.

An der Freitreppe, die hinauf zu den Eingängen des Dresdner Rathauses führt, halten zwei trutzige steinerne Löwen die Wacht. Tausende von Menschen eilen alltäglich vorüber, ohne acht zu haben auf diese Symbole stolzer Bürgerkraft und auf den Sinn der Sprüche, die die aufrecht stehenden Schilder in den Pranken der mächtigen Tierbilder zieren. „Bedenk" und achte", so lesen wir dort, „was die Väter Großes schufen, indes die Zukunft nur sei Deiner Taten Zweck!" Und an anderer Stelle: „Willst Du was schaffen, tu' es nicht ohne Rat! Doch vorwärts bringt Dich nur die frische Tat!" Es ist der Geist einer vergangenen Zeit, der aus diesen Mahnworten spricht, einer glücklichen Zeit, zu der uns schmerzliche Erinnerung oftmals zurückträgt, wenn wir uns der ganzen Härte unserer Tage bewußt werden. „Was die Väter Großes schufen", das haben wir verloren, und das, was neu geschaffen wird, das tritt ins Leben ohne Rücksicht auf den bewährten Rat, der aus der Geschichte der Vergangenheit geschöpft werden müßte. „Errungenschaften" des Umsturzes sind es, die unsere Tage regieren; die stummen Worte der steinernen Mahner am Dresdner Rathaus haben keine Geltung mehr. Und doch, so nachdrücklich die Tatsachen des öffentlichen Lebens während der letzten drei Jahre diese Ansicht bestätigen, es bricht sich etwas Bahn durch die Fülle der Irrungen, in denen die Massen befangen sind, das wie der Wille zur Rückkehr oder zur Erneuerung des alten, von der Revolution niedergetretenen Geistes anmutet. Wohlgemerkt, nur der Wille, nicht die Rückkehr oder die Erneuerung selbst scheint sich anzubahnen. Davon sind wir noch weit entfernt, und eine schwere Arbeitslast gilt es unter Aufbietung aller Kräfte im politischen Leben noch zu überwinden, wenn dieses Ziel erreicht werden soll.

Anzeichen dafür aber, daß ein Wille zur Umkehr oder wenigstens die Bereitschaft, den seit den Novembertagen 1918 beschrittenen Weg zu verlassen, vorhanden und im Wachsen begriffen ist, bieten die Ergebnisse der Gemeindewahlen, die in den letzten Monaten im Reiche und am vergangenen Sonntag in Sachsen stattgefunden haben. In der „Hochburg der Sozialdemokratie", in Berlin, begann die Loslösung der Massen von der marxistischen Lehre und ihren kommunistischen und bolschewistischen Auswüchsen. Der nach Hunderttausenden zählende Stimmenverlust der Unabhängigen kam nur zum kleinen Teil der Mehrheitssozialdemokratie zugute. Mindestens hunderttausend Wähler gingen vom sozialdemokratischen ins bürgerliche Lager über. Den Hauptanteil am Stimmengewinn hatte, wie erinnerlich, die Deutschnationale Volkspartei. Alles in allem wies das Gesamtergebnis eine geringe bürgerliche Mehrheit auf, die zwar schwach war, aber doch im Vergleich zu den Wahlen des vorhergehenden Jahres und unter Berücksichtigung der systematischen Radikalisierung der industriellen Riesenstadt einen beachtlichen bürgerlichen Anfangserfolg darstellte. Man hätte das überraschende Anwachsen des bürgerlichen Einflusses in der Reichshauptstadt für eine Zufallserscheinung vorübergehender Art halten dürfen, wenn nicht in der Folgezeit in anderen Teilen des Reiches bei Kommunalwahlen dieselbe oder eine ähnliche Gruppierung der Wählerschaft eingetreten wäre. Einen weiteren bemerkenswerten Schritt in dieser Entwicklung haben die Gemeindewahlen in Sachsen gebracht.

Betrachtet man die immer noch vorläufigen Ergebnisse, an denen sich aber nichts Wesentliches mehr ändern dürfte, in den beiden größten sächsischen Städten, Dresden und Leipzig, und die Ergebnisse des flachen Landes, soweit sie vorliegen, so ist auch in unserer engeren Heimat, ganz allgemein gesprochen, eine beträchtliche Zunahme der bürgerlichen Stimmen zu verzeichnen, die in den meisten Orten auf Kosten der sozialistischen Parteien vor sich gegangen ist. Von ausschlaggebender Bedeutung sind dabei die Resultate von Dresden und Leipzig. In beiden Städten überwog bisher die sozialistische Mehrheit; in Dresden standen 43 sozialistische Stadtverordnete neben 41 bürgerlichen, in Leipzig war das Verhältnis 39 : 36. Sollte die Neuverteilung der Mandate nach der Sonntagswahl auch nur eine Gleichheit der bürgerlichen und der sozialistischen Gruppen in beiden Städten ergeben, so wäre doch der bürgerliche Erfolg unverkennbar. Sechs Sitze dürften in Leipzig, einer oder zwei in Dresden als unbestreitbarer bürgerlicher Gewinn gebucht werden. Die rechte Bedeutung dieses Erfolges kann erst ermessen werden, wenn man die innerpolitischen Verhältnisse in Sachsen, die natürlich vornehmlich ihren Niederschlag in den großen Städten finden, ins Auge faßt. Von jeher ist Sachsen, sind vor allem die stark industriell gefärbten Großstädte Leipzig, Chemnitz, Dresden Burgen und Horte des Sozialismus gewesen, so wie es Berlin und Halle im Reiche waren und sind. Die sächsische Arbeiterbevölkerung galt als eine der festesten Stützen der deutschen Internationalisten, besonders seit sie eine starke Rückendeckung für ihre Wünsche und Bestrebungen in einer reinsozialistischen sächsischen Regierung fand. Ein Minister wie Lipinski ist ja wohl auch

SLUB
Wir führen Wissen.